

Einladung zum Schummeln auf dem Bau

Staatsanwaltschaft korrigiert Bussen des Bauinspektors konsequent massiv nach unten

Von Christian Horisberger

Liestal. Ein Bauherr, der es mit den Bauvorschriften nicht so genau nimmt, braucht im Baselbiet keine schwerwiegenden Sanktionen zu fürchten: Schlimmstenfalls bezahlt er einen Zuschlag für die nachträglich einzuholende Baubewilligung und bekommt eine Busse von einigen Hundert Franken aufgebremst.

Zu diesem Schluss muss man aufgrund der gängigen Praxis bei der Sanktionierung von Verstössen gegen das Raumplanungs- und Baugesetz (RBG) kommen. Von 62 Verfahren wurden 22 eingestellt oder sind noch hängig. Wiederholungstäter gibt es keine. Die 40 verfügbaren Bussen liegen zwischen 150 und 800 Franken und damit massiv unter den vom Bauinspektor geforderten Beträgen. Diese sind oft im vierstelligen Bereich, in fünf Fällen wurde eine «hohe Busse» beantragt, in zwei Fällen hatte das Bauinspektorat eine von 10 000 Franken verlangt. Die Staatsanwaltschaft trieb in den beiden Fällen 500 und 800 Franken ein.

Dies geht aus der Antwort der Regierung auf einer Interpellation von alt Landrat Urs-Peter Moos (zuletzt parteilos) hervor. Der Regierungsrat listet darin alle Verfahren seit 2011 auf, die aufgrund schwerer, bewusster Verstösse gegen das RBG von der Staatsanwaltschaft bearbeitet worden sind.

Kriminelle Energie

Die Staatsanwaltschaft setze sich mit ihren laut Regierungsantwort «intern ausgearbeiteten Richtlinien» über das RBG hinweg, findet Moos. Bei den vom Bauinspektorat angezeigten Fällen gehe es um Vorsatz und «auch kriminelle Energie». Diese Bussen seien in einem Milliardengeschäft wie der Bauwirtschaft keine Abschreckung. Deshalb sei härter durchzugreifen, fordert Moos. Die Voraussetzungen dafür seien mit dem im RBG festgeschriebenen Strafmass von bis zu 100 000 Franken ja gegeben, hält er fest.

Die Staatsanwaltschaft sei «für eine gleichmässige Durchsetzung des staatlichen Strafanspruchs besorgt», heisst es



Harmlose Strafen. Das Überreizen der Bauvorschriften ist Alltag. Wer erwischt wird, muss schlimmstenfalls rückerbauen.

in der Antwort. Dabei werde der Vergleichbarkeit mit anderen strafrechtlichen Bereichen Rechnung getragen. Gewichtet würden das Verschulden sowie die Umstände des konkreten Falls. Keine Rolle spiele für die Staatsanwaltschaft für die Höhe der Busse das Bauvolumen, ergänzt Thomas Lyssy, Sprecher der Staatsanwaltschaft, auf Anfrage der BaZ. «Es ist unerheblich, ob es um den Bau einer Garage oder einer Villa ging.» Das Strafgericht habe die Praxis der Staatsanwaltschaft unlängst bestätigt.

Das aber erklärt nicht die riesige Differenz zwischen den vom Bauinspektorat geforderten Bussen und den von der Staatsanwaltschaft ausgesprochenen. Eine Erklärung für die sehr hohen Bussenforderungen der Baubehörde muss auch Lyssy schuldig bleiben. Er hält fest: Das Bauinspektorat habe in den vergangenen fünf Jahren gegenüber der Staatsanwaltschaft kein Wort zu den deutlich tieferen Bussen als gefordert verloren. Aufgrund der

Interpellation Moos seien die Baubehörde und die Staatsanwaltschaft nun aber im Gespräch.

Kaum abschreckende Wirkung

Bauinspektor Andreas Weis kann sich vorstellen, dass sich nach dem Austausch ein einheitlicheres Bild von Busseforderung und ausgesprochener Busse ergibt. Die Busseanträge seiner Behörde stützten sich auf die Schwere der Vorschriftenübertretung, sagt Weis. Die Praxis der Staatsanwaltschaft will er weder kommentieren noch kritisieren, hält aber fest: In Relation zu den Kosten von Bauvorhaben seien die Bussen gering. «Da kann man sich schon fragen, ob sie eine abschreckende Wirkung entfalten.» Er weist aber auch darauf hin, dass für einen Bausünder nebst der Busse auch ein allenfalls verfügbarer Rückbau – das komme immer wieder vor – oder ein nachträgliches Baugesuch ins Geld gehen könne.

Auch hier sieht Moos Handlungsbedarf. Statt bei einem nachträglichen

Gesuch maximal die doppelte Bewilligungsgebühr zu erheben, fordert er die Möglichkeit einer Verdrei- oder Vervielfachung oder auch aufwandbezogene Gebühren mit der Verrechnung sämtlicher Arbeitsstunden. Mit der geltenden Gebührenregelung könne das Bauinspektorat seine Kosten niemals decken, sagt der Binninger Gemeinderat. «Der Kanton muss aufhören, immer alle Schöpfen zu wollen», sagt Moos, «sondern den Daumen dort drauflegen, wo sich die Leute nicht korrekt verhalten.» Die entsprechende Forderung hat Moos in eine Motion verpackt, die er parallel zur Interpellation einreichte. Eine weitere Forderung der Motion: Kleinere Bussen solle das Bauinspektorat selber ausstellen können.

Urs-Peter Moos hofft, dass er beim Regierungsrat mit der hängigen Motion mehr Enthusiasmus auslösen kann als mit der Interpellation, in der die Regierung zwar viele Fakten auf den Tisch legt und Umstände erklärt, sich aber zu Taten nur unverbindlich äussert.

Gschwätz

Wer zwischen FDP und SVP klimatische Verstimmungen ausgemacht haben wollte, erhielt diese Woche am Rande der Landratsdebatte die Bestätigung.



Unter Hinweis auf die FDP-Ideen für zusätzliche Sparmassnahmen und zur Umgestaltung des Kantons sagte SVP-Landrat **Hanspeter Weibel**, die Freisinnigen hätten offenbar mit einem grösseren Temperatursturz gerechnet. Anders sei der Einsatz von so viel heisser Luft nicht zu erklären. Gu

Zwischen all den Krawattenträgern aus der Energiebranche, die zum Jubiläumfest der Kleinkraftwerk Birseck AG erschienen, war es alt Landrätin **Esther**



Maag etwas unwohl. Kaum eine Person schien ihr bekannt. Und als sie sich bei der Begrüssung unter den Anspruchsgruppen suchte, konnte sie sich weder unter «Aktionäre» noch «Freunde» finden. «Ich gehöre wahrscheinlich zur Gruppe der Entwickler», sagte sie und erinnerte sich: «Ach ja, ich bin ja Präsidentin des Vereins Sun21.» wah

Der Landratssaal soll moderner werden. Die Stühle und der Vorhang gehören ausgemistet. Für diesen Vorstoss zeigt SP-Landrat **Thomas Bühler**



ganz und gar kein Verständnis. Schliesslich sei dieser «shabby chic» schwer angesagt. «Wenn der Kanton spart, können wir uns sicher nicht neues Mobiliar leisten», sagte er im Landrat. Lieber solle man den «shabby chic» noch eine Weile geniessen. Immerhin verleiht der geschmückte Weihnachtsbaum derzeit noch eine Prise «chic» im Saal. cin

Nachrichten

Lieferwagen verunfallt wegen Glatteis

Läufelfingen. Auf eisglatter Strasse ist am frühen Freitagmorgen in Läufelfingen ein Lieferwagen verunfallt. Laut einer Mitteilung der Polizei ereignete sich der Unfall auf der Unteren Hauensteinstrasse. Der Lenker verlor bei «nicht angepasster Geschwindigkeit und Eisglätte» die Herrschaft über sein Fahrzeug, prallte gegen das Strassenbord, worauf der Lieferwagen kippte. Der Fahrer blieb unverletzt und konnte von einer Drittperson aus dem stark beschädigten Fahrzeug geborgen werden.

Katzenheim hat nun auch Platz für Feriengäste

Muttenz. Der Tierschutzbund Basel Regional baut sein Katzenheim in Muttenz aus. Wie die Organisation mitteilt, wolle sie im Frühling damit beginnen, das 2014 bezogene Heim mit einem Pavillon für Ferienkatzen zu ergänzen. Die Finanzierung sei noch nicht ganz gesichert, das Bewilligungsverfahren im Gang, heisst es weiter. Der gemeinnützige Verein nimmt jedes Jahr rund 300 Katzen auf, pflegt und platziert sie.

Velofahrerin verirrt sich auf die Autobahn

Muttenz. Dieser Irrtum hätte Folgen haben können. Eine 73-jährige Velofahrerin bog am Mittwochmittag auf der Birsfelderstrasse in Muttenz offenbar falsch ab und fand sich auf der Autobahn A18 nach dem Schänzli-tunnel in Fahrtrichtung Basel wieder. Als die Rentnerin ihren Irrtum bemerkte und nicht mehr weiterwusste, hielt sie bei den Salzsilos bei der Auffahrt zur A2 an, teilte die Polizei mit. Eine Polizeipatrouille kam der Frau zu Hilfe und brachte sie samt ihrem Velo nach Basel. Die Velofahrerin blieb unverletzt und kam mit dem Schrecken davon.

SVP kandidiert für den Stadtrat

Kampfwahlen in Liestal

Von Thomas Gubler

Liestal. Die SVP steigt mit Einwohnerrat Beat Gränicher in die Stadtratswahlen vom 28. Februar 2016. Sie verhindert damit nicht nur stille Wahlen in Liestal, sondern sorgt gleichzeitig für einen spannenden Wahlkampf, da Gränicher durchaus Wahlchancen attestiert werden. Der pensionierte Leiter der Coop-Filiale Stabhof ist im Stedtl nicht nur gut bekannt, er geniessen auch Anerkennung über die Parteigrenzen hinaus. Vor gut zwei Wochen erklärte die Spitze der SVP-Sektion Liestal und Umgebung, man wolle mit einer chancenreichen Kandidatur ins Rennen steigen, um nach 16 Jahren in den Stadtrat zurückzukehren. Mit chancenreich meinte die SVP primär eine in Liestal bekannte Persönlichkeit. Und weil der Wunsch Kandidat, Landrat Dieter Epple, abgesagt hat, muss nun Wahlkampfleiter Beat Gränicher selbst antreten.

Damit kandidieren bisher sechs Personen für die fünf Sitze. Für die Grünen tritt Stadtpräsident Lukas Ott erneut an und für die SP die beiden Bisherigen Franz Kaufmann und Regula Nebiker. Selbstverständlich stellt sich auch Dani Muri (parteilos), der erst seit Frühling 2015 im Stadtrat sitzt, zur Wiederwahl. Die Freisinnigen wollen den Sitz der zurücktretenden Marion Schafroth mit dem Präsidenten der Finanzkommission, Daniel Spinnler, verteidigen.

Was die Wahlchancen betrifft, so gelten Ott und Kaufmann als gesetzt. Nebiker, Muri, Spinnler und Gränicher werden somit die verbleibenden drei Sitze unter sich ausmachen. Ein zweiter Wahlgang erscheint unter diesen Umständen nicht ausgeschlossen.

Lieber Sparen als Steuern erhöhen

Rechnungsprüfungskommission will Budget zurückweisen

Von Christian Horisberger

Sissach. «Ein Steuerfuss von 59 Prozent ist für eine finanzstarke Gemeinde wie Sissach zu hoch.» 55, allenfalls 57 Prozent hielte Hubertus Ludwig, Präsident der Sissacher Rechnungsprüfungskommission (RPK), für angemessen – aber nicht den um zwei Punkte erhöhten Satz, der nach den Vorstellungen des Gemeinderats ab 2016 gelten soll. Die RPK empfiehlt der Gemeindeversammlung vom 9. Dezember das Budget mit der Steuererhöhung zurückzuweisen.

Mit den zusätzlichen Steuereinnahmen will der Gemeinderat einen Teil der anstehenden Investitionen finanzieren, damit die Schuldenlast tragbar bleibt. Vorhaben wie die Umgestaltung der Hauptstrasse, die Sanierung der Mehrzweckhalle Bützenen und der Primarschule Dorf oder der Umbau der Kunsteisbahn zur Halle verschlingen in den kommenden fünf Jahren rund 25 Millionen Franken.

Ein ehrenwertes Ziel, doch für Ludwig für die Praxis untauglich. Das Vorstandsmitglied der Liga der Baselbieter Steuerzahler verweist auf das vorgelegte Budget 2016: Von den 470 000 Franken Franken, welche die zweiprozentige Steuererhöhung zusätzlich in die Kasse spülen würde, bleibe ein Ertragsüberschuss von gerade mal 185 000 Franken. Habe man Geld, werde es ausgegeben, sagt Ludwig. «Es gibt keinen Überschuss, den man investieren kann.» Hinzu komme: In der Empfehlung zum Budget 2015 habe die RPK den Gemeinderat aufgefordert, Sparvorschläge im Umfang von 300 000 Franken zu machen. Das Budget 2016 unterscheide sich vom Budget 2015 aber nur darin, dass die Steuererhöhung

gen zu einem besseren Ergebnis führen, so Ludwig. Auf die Frage, wo nach der Meinung der RPK gespart werden soll, nennt er Bereiche wie Musikschule, Spitetex, Bildung oder Entsorgung. Man habe dem Gemeinderat Vorschläge geliefert, der aber habe abgeblockt, so der RPK-Chef. Ludwigs Schluss: «Der Gemeinderat hat nicht den Willen, Ausgaben zu hinterfragen.»

Steuerrabatt längst abgelaufen

Finanzchef Lars Mazzucchelli (SP) kontert: Ende 2014 habe er Ludwig per Mail mitgeteilt, dass er eine entsprechende Liste erarbeite und dem Gemeinderat vorgelegt habe. Zum jetzt vorliegenden Rückweisungsantrag erklärt er, dass er der RPK gerne im Detail aufgezeigt hätte, dass, wo und um wie viel die Kosten gesenkt worden sind. Doch die RPK habe den Gemeinderat nicht, wie es üblich ist, mit ihrer Kritik konfrontiert. Zum Vorwurf, zu den Finanzen nicht genügend Sorge zu tragen, entgegnet Mazzucchelli, dass zusätzliche Kindergarten- und Primarschulklassen oder Altersheimbewohner – Menschen, die ihr Leben lang Steuern abgeliefert hätten – Mehrkosten verursachen würden. Und das wisse die RPK nur zu gut.

Dass im Budget 2016 nur ein Drittel der zusätzlichen Steuereinnahmen als Gewinn resultieren, leugnet der Finanzchef nicht. Das Budget sei konservativ, also nach dem «Vorsichtsprinzip» erstellt worden. «Hätten wir aber optimistisch geplant und ein Plus von einer halben Million ausgewiesen, hiesse es dann wieder, es brauche keine Steuererhöhung, man komme ja auch ohne durch.» Ein Teufelskreis. Tatsache ist, so Mazzucchelli: «Mit Verlusten würde der Selbstfinanzierungsgrad der Gemeinde

noch schlechter.» Der Finanzchef erinnert überdies an die Worte der früheren Gemeindepräsidentin Petra Schmidt, die per 2009 einen befristeten «Steuerrabatt» um vier auf 55 Prozent beantragte: Es handle sich um eine temporäre Massnahme für drei Jahre. Nun seien sieben Jahre verstrichen und der Steuerfuss ist erst bei 57 Prozent, so Mazzucchelli. Von derlei will Ludwig nichts wissen. «Der Steuerfuss wird von Jahr zu Jahr festgelegt. So etwas wie einen Steuerrabatt gibt es nicht.» «Und wenn man schon Petra Schmidt zitieren möchte, sei auch daran erinnert, dass zu ihrer Zeit ein Investitionsplafond von 2,5 Millionen Franken gegolten habe – heute liegt er praktisch doppelt so hoch.»

Heisses Eisen Kunsteisbahn

Die Investitionen herunterzuschrauben wäre die andere Variante, den finanziellen Druck zu lindern. Ludwig macht keinen Hehl daraus, dass er es beispielsweise nicht zwingend als Gemeindeaufgabe erachtet, eine Kunsteisbahn zu betreiben. Dennoch liess auch er die Referendumsfrist für den Kredit zum Umbau der Kunsteisbahn zur Eishalle über fast neun Millionen ungenutzt verstreichen. Der Kredit ist gültig, sollten von Dritten vier Millionen Franken bereitgestellt werden.

Als Präsident der RPK habe er sich nicht exponieren können und wollen, sagt Ludwig, ein Referendum wäre Sache der Parteien gewesen. Möglicherweise hätten die aber nicht die Stimmbürger verärgern wollen. Damit dürfte er so falsch nicht liegen. In der Abstimmung zum Kunsti-Kredit haben sich acht von 15 Gemeindekommissionsmitgliedern der Stimme enthalten.